

Redaktion:
Wien, VI., Dampferstraße 78

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postsendung:
Halbjährig 80 kr.
Vierteljährig 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. —
Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 88 kr. — 1 Fr. 25 Cent.
Einzeln Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.
Unverfugte Reklamationen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

Administration u. Expedition:
Wien, VI., Dampferstraße 78.

Inserions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
Die dreimal gepaltene Zeile ober dem Namen.

Die ersuchen bei allen Verbindungen sich der Postanweisungen zu bedienen.
Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletariat aller Länder vereinigt Euch!

Nr. 48.

Wien, Donnerstag 22. September.

1881.

Parteigenossen! Vergeht der Familien der Subskribten nicht.

Abonnements-Einladung.

Mit Nummer 49 beginnt ein neues Quartal zum Abonnement der Zeitschrift

Die Zukunft

Sozialdemokratisches Organ.

„Die Zukunft“ erscheint monatlich zweimal, und zwar an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Das Abonnement beträgt für Oesterreich-Ungarn: halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Genossen!

Wir ersuchen alle jene, deren Abonnement zu Ende oder welche im Rückstande sind, dasselbe umgehend zu erneuern, damit in der Zusendung des Blattes keine Unterbrechung stattfindet.

Die Herausgeber.

Freiheit.

I.

Es gibt viele Menschen, welche die bestehenden politischen Zustände ganz in der Ordnung finden, und zwar nicht nur solche, die aus denselben Vorteil ziehen, sondern auch solche, die darunter leiden. Nicht vielleicht, daß diese guten Leute mit ihrer Lage zufrieden wären, o nein, sie haben viel zu klagen, sie führen ein mühseliges, elendes Leben, aber sie suchen und finden die Ursachen ihrer Missetheile und ihres Glucks ganz wo anders, als wo sie tatsächlich sind. Wenn nur alle jene, denen der gegenwärtige Stand der Dinge Gewinn bringt, über unsere „freiwilligen“ Einrichtungen entzückt wären und alle jene, welche nichts davon spüren, alle Anstrengungen machten, um eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse zu ihren Gunsten herbeizuführen, so brauchte uns um das Herinbrechen des goldenen Zeitalters wahrlich nicht vange zu sein. Denn die Eimen, welche die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Einrichtungen im eigenen Interesse wünschen, zälen nach Tausenden, die Anderen, durch die jetzige Lage der Dinge Gedrückten und Geschädigten, nach Millionen und sobald die Millionen nur einmal wüßten, wo sie der Schuß drückt, könnten sie von den Tausenden nicht mehr gezwungen werden, dieses unbequeme Kleidungsstück auf dem Leibe zu behalten. Die Dummheit ist und war daher zu allen Zeiten des Menschen schlimmster Feind.

Die große Masse denkt nicht — wie es das kommt und daß sie selbst nichts dafür kann, dies auseinanderzusetzen, würde uns heute zu weit führen — sie nimmt den Schein für die Wirklichkeit, den Klamen für die Sache und wundert sich dann, indem sie die Sache zu besitzen glaubt, während man ihr nur den Namen der Sache gegeben hat, daß sie, trotzdem sie nun das besitzt, wonach sie sich so sehr gelehrt und von dessen Besitz man ihr so viel Ruhmes versprochen, keine Aenderung in ihrem materiellen Wohlbefinden verspürt. Es ist darum nichts Merkwürdiges, daß das Volk gegen den Begriff Freiheit, von dem man ihm nur die äußeren Formen gegeben hat, gleichgültig wird. Es hat, seitdem man ihm gesagt: „du bist frei“ und verschiedene Dinge eingeführt hat, die anscheinend zwar nur idealen Wert habend, doch in der Folge auch sein Wohlbefinden erheblich steigern sollten, die Erfahrung gemacht, daß Not und Elend, Armut, Arbeitslosigkeit und Hunger durch die Freiheit nicht nur nicht ausgerottet wurden, sondern daß sich diese Plagen der Menschheit immer mehr und mehr ausbreiten und eine immer größer werdende Anzahl von Menschen in ihren düsteren Bereich ziehen. Ist es hier nach ein Wunder, wenn es die Freiheit, die es kennen gelernt, geringschätzt und sich mehr dafür interessiert, ob das Hindernis billiger oder das Bier teurer geworden ist?

Daher kommt es auch, daß viele gutdenkende Menschen nicht begreifen können, was denn diese Wähler und Krateler noch Alles wollen, warum sie denn ewig keine Ruhe geben und warum namentlich die Arbeiter sich nicht lieber um Dinge kümmern, die sie angehen, statt um Politik. Was habt ihr von eurer Konstitu-

tionellen Verfassung, von eurer Rede- und Pressefreiheit, eurem Vereins- und Versammlungsrecht, euren Geschworenengerichten, den konfessionellen Gesetzen u. s. w., hört man sie sagen, schaut lieber, daß das Leben wolfeiler wird! Und wenn ihr einen älteren Bürger aus der guten alten Zeit antrefft, wird er Euch erzählen, was man zu seiner Zeit um einen „Silbergewanziger“ Alles bekommen hat, wie billig die „Bachhändler“, wie groß die gebakenen Kostbraten und die Kreuzerwecken damals waren, als es noch keine Konstitution, keine Presse- und Redefreiheit in Oesterreich gab und als man noch den gegenwärtigen k. k. Wiener Hof-Männergesangsverein als staatsgefährliche Körperschaft betrachtete und polizeilich streng überwachen ließ.

Ja, wenn es unter Metternich so gut war und es in der Freiheitsära der Bistra-Herbst, Auersperg-Basser und Taaffe so schlecht ist, wer zum Teufel soll sich da noch für die Freiheit begeistern?

Ist denn eine konstitutionelle Verfassung wirklich für das Volkswohl von keiner Bedeutung? Hat die Rede- und Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht für das Volk keinen Wert? Haben die Geschworenengerichte in den Rechtsverhältnissen und die konfessionellen Gesetze in Sachen der Gewissensfreiheit nicht einen vollkommenen Umschwung herbeigeführt?

Diese Fragen lassen sich nicht in der Geschwindigkeit mit Ja oder Nein beantworten. Konstitution, Rede- und Pressefreiheit, u. s. w. sind Dinge, die man nicht loben oder tadeln kann, ohne ihre Qualität geprüft zu haben, und zu zeigen, welchen Wert unsere Freiheiten für das Volk haben, wieso es kommt, daß die von ihrer Einführung gehofften Wirkungen sich nicht einstellen, wollen wir in einem zweiten Artikel des Näheren ausführen.

Politische Uebersicht.

Der bekannte Sittungsminister Graf Richard Belcredi ist zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes ernannt worden. Darob großes Geschrei in den verfassungstreuen, großer Jubel in den föderalistischen Blättern. Uns macht die Nachricht weder kalt noch warm.

Der Wiener Gemeinderat geht abermals daran, vom niederösterreich. Landtage die Aufhebung der Wählerkörper und Ausdehnung des Wahlrechtes auf die (12 fl. Steuer zahlenden) „Käufguldner“ zu verlangen. Die Wähler für die Wiener Gemeindevertretung sind bekanntlich in drei Wählerkörper eingeteilt, u. zw. enthält der erste Wählerkörper 3235, der zweite 5070, der dritte 16.668 Wähler und jeder Wählerkörper wählt 40 Gemeinderäte. Es wälen mithin die 8000 höchst und hochbesteuerten Wähler zusammen 80, und die 18.000 minderbesteuerten nur 40 Gemeinderäte, während mehr als 10.000 mit direkter Steuer belegte Gemeindeangehörige und ungezählte Tausende, die nur indirekt Steuern, vom Wahlrechte gänzlich ausgeschlossen sind. Es ist ja bekannt, daß sich die Hausbesitzer des ersten und zweiten Wählerkörpers die von ihnen an das Steueramt abgelieferten Steuern von ihren Mietern ersetzen lassen wie ja auch jeder Industrielle die ihm auferlegten Steuern auf die von ihm erzeugte Waare, mithin auf deren Konsumanten wälzt. Was soll man nun zu einer Gerechtigkeit sagen, nach der man demjenigen, der die Steuer bezahlt, die politischen Rechte verweigert und sie dem doppel- und dreifach zuerkennt, der die von Andern bezahlte Steuer an das Steueramt abführt? Und da stellen sich unsere karibischen Liberalen und deren Lohnschreiber noch einträufelt, wenn man von politisch rechtslos und unterdrückten Klassen, von Klassenherrschaft und Klassen-einrichtungen spricht!

Am 10. b. M. wurden in Graz bei 35 Personen von Nachmittag bis Mitternacht Hausdurchsuchungen gehalten, und alle Zeitungen, Spartakusbücher, Schulbücher, Melbzettel, Gebetsbücher, kurz Alles von Druckorten und Schriften mitgenommen und mittelst Karren transportiert.

Die Pariser Parteiblätter melden, wurden vergangenen Monat zwei polnische Sozialisten, Marian Belofski und Ignaz Sektoski, von der österr. Regierung an Rußland ausgeliefert. Sie waren im Februar in Krakau verhaftet worden und ihre Auslieferung erfolgte im August. Die österr. Regierung hat demnach von dem Rechte, welches sie sich durch die Konvention von 1874 gewährt, nämlich politische Flüchtlinge an fremde Regierungen nicht auszuliefern, keinen Gebrauch gemacht.

Nach den Versicherungen der „gutgesinnten“ Blätter waren anfangs September die Augen aller Wähler Europa's mit Spannung nach Danzig gerichtet, wo sich der „Heldengreis“ Wilhelm mit dem neugekauenen Grafen Alexander ein Stellbischen gegeben hatte. In Wahrheit kümmerten sich die Wähler Europa's sehr wenig um die Zusammenkunft der beiden „erlauchten“ Häupter und würden dies wahrscheinlich noch weniger getan haben, wenn die Bedeutung dieses Rendezvous von den nach Sensationsnachrichten gierigen Zeitungen nicht so sehr hinaufgeschwemmt worden wäre. Für uns ist an dem Ereignisse nur die Angst interessant, mit welcher der russische Despot deutschen Boden betrat und die große Menge von Vorsichtsmaßregeln, welche von Seite der bismarckischen Polizei angeboten wurden, um den „hohen“ Gast mit heiler Haut wieder heimzuführen zu können. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ war ganz stolz darauf, durch Verbreitung falscher Nachrichten über die bevorstehende Zusammenkunft die „internationalen Banditen“ irregeführt zu haben, wozu die „N. Fr. Pr.“ die wichtige Bemerkung macht: Die „Nordb. Allg.“ glaubt offenbar, daß die bewußte Verschworerei ihre Nachrichten lediglich durch die Berliner Offiziösen beziehe. — Das Zeitungsgezwister ist trostlos darüber, seinen Lesern über die Besprechungen und Abmachungen der beiden Kaiser keine authentischen Mitteilungen machen zu können und beschämt sich darauf, ihnen die freundliche Miene des großen Bismarck nach der Zusammenkunft ausführlich zu beschreiben. Als ob über die Abmachungen der beiden Herrscher ein Zweifel bestehen könnte! Was werden sie beraten haben? Volkswohl und Freiheit!

Von der Bildung eines neuen Ministeriums in Frankreich mit Gambetta als Ministerpräsidenten, von welcher unmittelbar nach den Wahlen vom 21. August stark die Rede war, war es eine Zeit lang ganz stille geworden. Herr Gambetta schien sich als Präsident der Kammer, wo er so ziemlich unumstößlicher Herrscher ist, doch so wol zu fühlen, wie er es als Ministerpräsident zu werden nicht hoffen durfte, namentlich nach dem Resultat der Wahlen vom 4. September, bei welcher gerade seine entschiedensten Gegner, nachdem er noch alles aufgegeben hatte, ihre Wahl zu hintertreiben, überall den Sieg davon trugen. Die letzten Nachrichten melden aber wieder, daß Herr Gambetta doch alle Anstrengungen macht, Minister zu werden und es ist kein Zweifel, daß es ihm gelingen wird.

Die Annäherung Deutschlands an den Vatikan, oder Bismarcks an den heil. Leo in Rom, erweckt bei den italienischen Politikern Besorgnisse. Ein französisches Blatt, der „Temps“, meint hierüber, Bismarck strebe diese Versöhnung nur an, um sich in seinem Kampfe gegen den Sozialismus und mit seinem Bemühungen zum Wohle der Arbeiter einen mächtigen Bundesgenossen zu erwerben. Er bedürfe nach beiden Richtungen hier der Hilfe der Kirche und er werde dieselbe beanspruchen. — Kampf gegen den Sozialismus und gleichzeitige Bemühungen um das Wohl der Arbeiter ist tatsächlich das Programm, welches nicht bloß Bismarck, sondern auch sämtliche reaktionäre Parteien in Deutschland, von den Junkern der Kreuzzeitung angefangen bis zur traurigen Fortschrittspartei, auf ihre Fahne geschrieben haben. Man will den Arbeitern ja gerne alle möglichen Zugeständnisse machen, die ihnen nichts nützen und ihren Ausbeutern nicht wehe tun, nur sollen sie Vernunft annehmen und einsehen lernen, daß es absolut nicht zu ändern ist, wenn der Eine Millionen besitzt und im Ueberflusse schwimmt, während tausend Andere nichts zu nagen und zu beißen haben. Sie sollen ja über jede Frage sich äußern und alles unternehmen dürfen, was nicht geeignet ist, in diesem Kardinalpunkt eine Aenderung herbeizuführen. Und heutzutage noch hält man die Arbeiter (in Deutschland!) für so dumm, daß man sich von der Mithilfe der Pfaffen bei dem Ueberredungswerke einen Erfolg verspricht!

Die in Leipzig erscheinende Zeitschrift „Der Reichsbürger“ wurde auf Grund des Sozialistengesetzes verboten.

In Ungarn finden großartige Militärmanöver statt, welchen auch die ungarischen Minister Tisza und Szapary anwohnen, um sich durch eigenem Augenschein von der Notwendigkeit des Mehraufwandes für die Arme zu überzeugen. Die Herren werden sich

Dieser Notwendigkeit wol nicht verschließen, hoffentlich bleiben sie aber dabei nicht stehen und suchen nach den glänzenden Manövern in den ungarischen Städten und Dörfern das arme Volk auf, um sich auch hier durch "eigenen Augenschein" zu überzeugen, daß das Volk den so dringend notwendigen Mehraufwand nicht bestreiten kann.

In Ungarn macht ein Vorfall viel Aufsehen, der ein großes Streiflicht auf gewisse im Offiziersstande unserer Armee verbreitete Ansichten wirft. Die Sache verhält sich nach der Darstellung ungarischer Blätter so: Am 2. Juni wurde in einem Ofener Gasthause an einem Tisch, an welchem sich Offiziere, Militärbeamte und Bürger befanden, eine lebhafteste Kontroverse über den damals vor dem Schwurgerichte zur Verhandlung gelangten Prozeß des "Fügellenseg" in der Affaire des Lieutenant aus Miskow geführt. An der Kontroverse beteiligten sich vorwiegend der Hauptmann im Geniekorps, Wilhelm Vendl Ritter von Murgthal, und der Lieutenant im Geniekorps, Stefan Göczel, ein geborener Zipser. Vendl schimpfte über den "Fügellenseg", über die ungarische Nation, über die Geschwornengerichte, und Johann folgte zwischen Vendl und Göczel folgendes Zwiegespräch: Vendl bemerkte: "Se. Majestät wird diese Geschwornengerichte auf einmal kassiren." — "Das kann er einseitig nicht tun," meinte Göczel, "denn das Geschwornengericht ist ein Teil der Verfassung." — "O, er kann die ganze Verfassung suspendiren!" — "Das ist ebenfalls unmöglich, denn ihn bindet sein Schwur." — "Politische Schwüre darf man brechen. Uebri gens," meinte Hauptmann Vendl, zu Göczel gewendet, weiter, "auch Sie werden auf die Ungarn schießen, wenn man Sie dazu kommandirt." — "Das wird aber nicht geschehen, man wird mich nicht kommandiren." — "Und wenn doch?" — "Brängte Jener in beschlendem Tone. — "Dann werde ich mir's überlegen." Nach dieser Antwort des Lieutenant Göczel wurden die Reden des Hauptmanns Vendl immer herausfordernder. Endlich stellte er an ihn direkt die Frage, ob er auf Ungarn schießen lassen würde, worauf Göczel mit einem kategorischen "Nein!" antwortete. Der Wortwechsel wurde heftiger, und Göczel erklärte schließlich, wenn ein politischer Eid gebrochen werden dürfe, so könne er auch seinen Eid brechen, worauf Vendl ihm zurief: "Wenn Sie dies tun, sind Sie kein ehrlcher Mensch; legen Sie den Rock ab und treten Sie als Mitarbeiter zum 'Fügellenseg' ein." Göczel sprang auf und erwiderte gleich vor Vendl: "Das bitte ich mir aus. Wir werden uns in dieser Sache noch treffen." Vendl machte von diesem Vorfalle die Anzeige, die Untersuchung gegen Göczel wurde vom Militärgerichte wegen Mangel eines Tatbestandes eingestellt und die Angelegenheit einem militärischen Ehrengerichte zugewiesen. Dieses erklärte mit Stimmeneinhelligkeit Lieutenant Göczel wegen seiner "eidvergeßenen Aeußerungen" sein es Offiziersrang es verlustig. Eine von Göczel an Vendl gerichtete Herausforderung nahm letzterer, als von einem Manne ausgehend, der einen Makel an seiner Ehr hasten habe, nicht an. Die ungarische Presse und die Bevölkerung nehmen dagegen entschiedene Partei für den gemäßregelten Lieutenant und ist derselbe fortwährend der Gegenstand begeisterter Ovationen.

Die National-Konvention der irischen Landliga, welche unter dem Vorsitze Parnell's abgehalten wurde, erklärte sich gegen das neue Gesetz. Man verlangt gänzliche Abschaffung der Pachtzahlung und Herstellung der legislativen Unabhängigkeit Irlands. Aus Amerika waren der Versammlung Telegramme zugegangen, welche zum äußersten Widerstande ermutigen. In diesen Telegrammen heißt es unter Anderem: "Behaltet die Ernte, keine Pachtzahlung." "Wenn ihr euch Stadstone unterwerft, hören die Subskriptionen auf." "Einen Schritt rückwärts und kein Geld mehr." "Im Namen Gottes, der Menschlichkeit und Wahrheit, keine Pachtzahlung, keine Uebergabe." "Nieder mit dem Gutsherrentum, nieder für immer." "Die Sache Irlands ist die Sache Amerikas." "Wenn ihr Pacht bezahlt, dann keine Hilfe von diesem Lande." "Strikt's Festhalten an den Grundfäden der Landliga, oder keine weitere Hilfe von hier", u. s. w. In Kapitebar waren dieser Tage Plakate aufrührerischen Inhalts angeschlagen. Es hieß darin u. A.: "Freie Nichtisten, an die Front! Freiheit oder Tod! Nichtisten von Kapitebar, die Stunde hat geschlagen! Schüttelt das höllische Joch ab, oder sterbet in der Anstrengung. Macht es gewiß, daß eure Streiche der verruchten britischen Regierung und ihren niederträchtigen, tyrannischen und blutdürstigen Anhängern beweisen, daß der Nichtismus nicht auf Rußland beschränkt ist. . . Gott schütze Irland! Nieder mit Viktoria! Freiheit oder Blut! Jetzt oder nie. Ra den Waffen, Nichtisten von Kapitebar, zu den Waffen! Schreckt nicht vor eurer Pflicht zurück. Ihr wißt, wann und wo. Gott schütze Irland und nieder mit Viktoria!"

Ueber die Flucht A. Hartmann's aus New-York berichtet die "N.-Y. Volksztg.": Leo Hartmann hat sich gestern unter den Schutz der britischen Krone begeben, da mehr als genügende Veranlassung zu der Annahme vorhanden war, daß Seitens der russischen Regierung eine Applikation auf Auslieferung vorbereitet, vielleicht schon eingereicht war und da auf der andern Seite die Anzeigen hoher Staatsbeamten, wie insbesonders des Gehilfsstaatssekretärs Pitt, keinen Zweifel darüber lassen, daß man ihn, im Falle Seiner Auslieferung eine Auslieferungsforderung gestellt werden würde, sicherlich ausliefern würde — so blieb ihm zunächst wohl kaum eine andere Wahl, als dieser gaslichen Rüste den Rücken zu kehren und sich wieder unter den, bis dahin wenigstens als sicher erprobten Schutz Englands zu stellen. Leo Hartmann hat gestern Mittag die amerikanische Grenze überschritten und befindet sich in diesem Augenblicke in Kanada. Da Hartmann seit mehreren Tagen von Detektivs scharf überwacht wurde, so kam es vor allen Dingen

darauf an, sich dieser zu entziehen, damit die Reise bis an die kanadische Grenze sicher gemacht werden konnte. Um dies zu erreichen, wurde folgendes Mittel angewendet. Hartmann begab sich vorgestern Abend mit zwei Bekannten vom City Hall Platz aus nach einer Station der S. Ave. Hochbahn. Die beiden Detektives, die ihm, wie sein Schatten, folgten, ließen ihn auch hier nicht aus den Augen. Als die drei Männer nach Lösung der Tickets (Karten) auf die Depot-Plattform hinaustraten, folgten ihnen die Detektives auf dem Fuße, sich ebenfalls für die Besteigung des nächsten Zuges bereit haltend. Der Zug braust heran. Hartmann mit seinen beiden Bekannten drängte sich auf die vordere Plattform eines Wagens, während die Detektives der hinteren zueilten und schon innerhalb des Wagens sich befanden, als jene Drei noch zögernd auf der vordern Plattform standen. Plötzlich rief der eine von ihnen dem Kondukteur zu: "I forgot something, wait a moment". (Ich vergaß etwas, warten Sie einen Augenblick). Die drei sprangen von der vorderen Plattform hinaus auf das Depot, klirrend slog die Wagenhür hinter ihnen zu, der Zug setzte sich in Bewegung, man sah noch innerhalb des Wagens ein paar Gestalten nach vorn huschen — und mit Windeseile slog der Zug dahin. Nachdem so die beiden Spürhunde abgethan waren, traf Hartmann unbehelligt seine Vorbereitungen zur Abreise. Aber noch war nicht alle Gefahr beseitigt. Als Hartmann nach kurzer Zeit mit seinen Begleitern die Hochbahnstation an der 14. Straße und 3. Ave. erklommen, um nach dem Grand Central Depot zu fahren, gefellte sich der Reporter eines englischen Morgenblattes zu ihnen, der Hartmann persönlich kannte, da er ihn erst vor wenigen Tagen interviewt hatte. Als der Reporter Hartmann mit einer Reisetasche und auch sonst zur Reise ausgerüstet traf, wurden offenbar die kräftigsten Reporter-Geselle in ihm rege. Indeß ließ er sich merkwürdiger Weise mit der Versicherung, daß Hartmann zu einem russischen Freunde auf's Land gehe, beruhigen. Eine weitere Störung der Reise Hartmann's fand nicht statt. Eine Depesche, die wir gestern nachmittags 6 Uhr empfingen, meldet seine Ankunft in Kanada.

Generalamnestie für politische Verbrecher wurde anlässlich des Namensfestes des Fürsten gewährt und alle in Gefängnis befindlichen Staatsverbrecher sofort auf freien Fuß gesetzt. — Wo? In Bulgarien.

In Egypten kam eine Militär-Revolution zum Ausbruch. 4000 Mann mit 30 Kanonen umringten den Palast des Vizekönigs und forderten die Absetzung aller Minister. Der Rhebive konnte ihnen dies, mit Rücksicht auf die 30 Kanonen nicht gut abschlagen. Es fanden Verhandlungen zwischen dem Rhebive und den meuterischen Offizieren statt, die Forderungen der Letzteren wurden erfüllt, worauf sie sich dem Vizekönig wieder unterwarfen.

Aus Parteikreisen.

Hausdurchsuchungen. Sonntag den 11. d. M. wurde im Redaktionslokale des Blattes und bei den Genossen Slesat, Hoke und Bürger gehausucht. Gefahndet wurde nach der Flugschrift "An das österreichische Volk", welche in mehreren Vororten verbreitet wurde. Der 16jährige Sohn Karl des G. Bürger wurde, als er während der Hausdurchsuchung die Wohnung verlassen wollte, mit einem Paket von mehreren hundert Exemplaren der Flugschrift betreten und verhaftet. In Simmering wurden die Genossen Tillmann und Schindler in dem Augenblicke, als sie die Flugschrift an eine Mauer kleben wollten, verhaftet, und zwar nicht wie die Tagesblätter melden durch Sicherheitswachleute, sondern durch zwei Feuerwehrmänner. Die Hausdurchsuchungen blieben resultatlos. Diese zweite Ausgabe der Flugschrift soll sich von der ersten, welche zur Verhaftung unseres Genossen Christoph führte und mit welcher die in der Druckerei des Herrn Jacobi beschäftigte Antonia Potorny betreten wurde, dadurch unterscheiden, daß sie eine Randbemerkung enthält, in der angezeigt wird, daß die erste Auflage von der Polizei konfisziert wurde, und die Herausgeber sich bemüßigt fühlen eine zweite Auflage zu veranstalten.

Montag den 12. d. M. wurde bei dem Genossen Hyses und Donnerstag den 15. wurde auf Requisition des Landesgerichtes Graz abermals bei den Genossen Hyses, Hoke, Grosse, Leisner und Schaffhauser gehausucht. Gefahndet wurde nach Gegenständen, die zu einer in Graz geführten Untersuchung in Beziehung stehen. Nach den Hausdurchsuchungen wurden die Genossen zu einem Untersuchungsrichter geführt, wo sie einem längeren Verhör unterzogen wurden und Auskunft geben sollten, wo sie die beiden Feiertage im August waren, oder was sie gemacht haben. Es ist jetzt schon fast notwendig in unserm freien Oesterreich, daß sich jeder Staatsbürger ein Tagebuch anschafft und darin Alles, was er spricht, was er tut oder treibt, verzeichnet, damit er der Behörde, wenn sie ihn ruft, genau Auskunft geben kann.

Am 28. d. M. findet die Hauptverhandlung gegen Genossen Anton Christoph statt. Die Anklage lautet auf Hochverrat, Störung der öffentlichen Ruhe und Verbreitung verbotener Druckschriften. Die Verteidigung hat Herr Dr. E. W. Eppinger übernommen.

Der Prozeß wider die slavische Parteinossen. Die Verhandlung wurde um 9 Uhr vormittag eröffnet. Staatsanwalt Dr. Soos, Vorsitzender Karajan, Verteidiger Dr. Proffinagg. Der Hörsaalraum ist dicht von Parteigenossen gefüllt. Vor Beginn der Verhandlung stellt der Staatsanwalt den Antrag auf Geheimhaltung der Verhandlung, mit Rücksicht auf die öffentliche Ruhe und Ordnung. Doctor Proffinagg tritt diesem Antrage entgegen; der Gerichtshof

beistimmt jedoch im Sinne des Staatsanwaltes, worauf der Vorsitzende dem Saal räumen läßt. Nach einer längeren Pause werden von den Angeklagten die Vertrauensmänner namhaft gemacht. Die Verhandlung ist unterdessen betam Zeugenverhör angelangt.

Zugun Aloisia Kandler gibt an, daß die Angeklagten und noch viele andere, es mögen über 100 Personen gewesen sein, bei ihr gezecht und sich auch an einer Tanzunterhaltung beteiligt haben, und daß sie nichts Arges vermutet habe. Das letzte Mal aber, den 29. Juni, beurlaubte sie das Benehmen ihrer Gäste, da Posten aufgestellt und Briefe verlesen wurden und mitunter eine auffallende Ruhe eingetreten sei, worauf wieder sehr stark politisiert wurde.

Erwähnenswert ist aber, daß die Frau Wirtin kein Wort slavisch versteht, und doch wissen will, daß die Genossen politisiert haben. Besonders bedenklich und sehr verdächtig kam der Frau Wirtin das mehrmalige Pfli rufen vor. Sie konnte es daher nicht über ihr Herz bringen, die Polizei hievon zu verständigen. (Man kann ja nicht wissen, was die Verschwörer beschossen haben.) Die Polizei begab sich den nächsten Tag darauf auf den Schauplatz der Verschwörung und fand einige zerrissene mit Bleistift beschriebene Zettel. Es wurden hierauf die Genossen Randa, Steffel, Hansa, Grubi und Bizl verhaftet.

Der Staatsanwalt schildert in seinen Ausführungen die Sozialdemokraten nicht als staats- oder eigentumsgefährlich, nur ihre Tätigkeit stimme mit den heute bestehenden Gesetzen nicht überein, weshalb er die Verurteilung der Angeklagten beantragt. Er erschwerend führt der Staatsanwalt bei Genossen Krejci an den schnellen Rückfall, da Krejci erst im Februar d. J. beim Hochverratsprozesse freigesprochen und aus seiner Haft entlassen wurde. Und bei Genossen Bizl, daß er ein besonders rühriger Agitator und schon einmal bestraft worden sei.

Obwo' die Verteidigung von Herrn Dr. Proffinagg musterhaft geführt wurde, erkannten die Richter sämtliche Angeklagten für schuldig und es erfolgte die Verurteilung. Genosse Krejci wurde zu 2 Monaten, Bizl zu 3 Monaten, Steffel zu 6 Wochen, Randa und Grubi zu je einen Monat, Slawka und Bizl zu je 3 Wochen Arrest verurteilt.

Das Benehmen der Angeklagten hat einen sehr günstigen Eindruck auf die Anwesenden hervorgerufen. Bemerkenswert bei diesem Prozesse ist, daß es in der Angeklageschrift heißt (siehe letzte Nummer), Genosse Grubi sei bereits zweimal wegen Diebstahl bestraft, während sich aber im Laufe des Beweisverfahrens die Unrichtigkeit dieser Behauptung und seine bisherige Unbescholtenheit herausstellte. Man sieht hier klar und deutlich, wie sich selbst eine Staatsanwaltschaft irren kann. Sollte man nicht eher gewissenhaft Nachforschungen anstellen, bevor man derartige Beschuldigungen ausspricht?

Wien. Sämtliche Pfeifenbeschläger-Gehilfen Wiens haben diese Woche eine Forderung an ihre Herren Fabrikanten gestellt, daß sie die Lohnabzüge, die sie seit längerer Zeit schon gemacht haben, wieder zahlen müssen, weil die Gehilfen sonst gezwungen sind, die Arbeit einzustellen.

Das dritte Heft der im Verlage von E. Kaler, Graz, erscheinenden Sammlung von sozialpolitischen Verhandlungen wurde konfisziert. Genosse Emil Kaler wurde Donnerstag den 8. d. M. neuerdings verhaftet.

Pottendorf. Am 15. August 1881 wurden die Statuten für den zu bildenden Beseverein für Pottendorf und Umgebung der Statthalterei zu Wr.-Neustadt übersendet. Freitag den 2. d. M. erhielten wir folgenden Bescheid:

Nr. 10497.
Die hochw. l. l. niederösterreich. Statthalterei hat mit Erlaß vom 24. August 1881, Z. 33257, folgendes anber eröffnet. nicht in der Lage zu sein, die Eingabe da. priv. 21. August l. J., mit welcher die Anzeige von der beschuldigten Bildung des Besevereines für Pottendorf und Umgebung erllattet wurde, einer weiteren Amtshandlung im Sinne des Gesetzes vom 15. November 1867, N. G. Bl. Nr. 134 über das Vereinsrecht zu unterziehen, weil die Statuten entgegen den Bestimmungen des § 5 des obgenannten Gesetzes nur in einem Exemplare vorzulegen wurden.

Sie werden Euer Wohlgeborn unter Rückschluß eines Statutengemplexes in Kenntnis gesetzt.
R. l. Bezirkshauptmannschaft Wr.-Neustadt, den 29. August 1881.
Der Amtseleiter.

Da wir nun der Meinung waren, die Behörde würde ein gedrucktes Exemplar von den Statuten abverlangen, so haben wir nicht daran gedacht, dieselben in mehreren Exemplaren abzuschreiben. Hätten wir das Vereinsgesetz bei der Hand gehabt, so würden wir wol anders verfahren sein, jedoch werden wir dem Verlangen Rechnung tragen und die nötigen Exemplare anfertigen und nochmals einsenden.

Arbeiter von Pottendorf und Umgebung! Laßt uns fest zusammenhalten und unseren Mut nicht verlieren. Bleibe jeder auf seinem Posten und tue auch jeder, was er im Stande ist, um neue Mitglieder heranzuziehen, denn das ist die Pflicht, die wir zu tun haben, und wenn wir ein jeder nach Kräften wirken, werden wir unseres Sieges sicher sein.

Stefan Heger.

Brud a. d. Mur. Montag den 19. d. M. fand die Hauptverhandlung gegen den Genossen Martin Hoinigg wegen Uebertretung der §§ 14, 15 und 36 des Vereinsgesetzes statt. Genosse Hoinigg wurde zu fünf Tagen Arrest verurteilt, worüber er die Berufung angemeldet hat.

Brünn. Am 9. d. M. fand — mit Ausschluß der Öffentlichkeit — die Hauptverhandlung gegen Genossen Burian statt. Die Anklage lautete: Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und Religionsstörung. Als belastend traten zwei Zeugen gegen ihn auf, wovon

einer fünfmal wegen Diebstahl bestraft, welche angegeben, Genosse Burian habe die Gristen eines Gottes besessen, und geben zu, Burian habe sie ermahnt, an Gott zu glauben. Nach Schluß des Beweisverfahrens beantragt der Staatsanwalt die Verurteilung. Dr. Adolf Stranek, Verteidiger, erklärt, es handle sich in der Anklage nicht um das Delikt selbst, sondern nur darum, daß Burian, weil er Sozialist und als solcher bekannt, bestraft werde, da doch sonst Jener — schon fünfmal wegen Diebstahl abgestrafte Antisemite — wegen Aufreizung gegen die Juden (nach § 302 St.-G.) ebenfalls angeklagt werden würde. Hierüber stellt der Staatsanwalt den Antrag, den Verteidiger wegen ungebührlichen Benehmens (?) zu bestrafen. Der Gerichtshof sprach Genossen Burian des Vergehens der Störung der öffentlichen Ruhe frei und verurteilte ihn wegen Religionsstörung zu 4 Monaten Kerker und jeden Monat einen Fasttag. Der Verteidiger wurde mit 25 fl. Ordnungstrafe beehrt. Nach der Verhandlung begaben sich einige Genossen zu Herrn Dr. Stranek, um ihn für seine glänzende Verteidigung zu danken und wollten dem Herrn Doktor die Strafe von 25 fl. ersehen, welche er aber dankend zurückwies.

Hierdsdorf. Am 4. September fand eine Arbeiter' versammlung statt. Gewählt wurden die Herren: Zum Vorsitzenden Wilhelm Lili, zum Schriftführer Josef Kois. Tagesordnung: Die Lebensmittelfrage und das moderne Steuerwesen. — Referent Ferdinand Schaffhauser betont die Lage der Arbeiter betreffs der enormen Höhe der Lebensmittel; dann berichtet er in einer Statistik die Höhen der Lebensmittelpreise und die Steigerung derselben; sowie die Lage des unwissenden Volkes bezüglich der Steuern. Redner behauptet das Ueberhandnehmen des Wuchers. (Bravo!) Dr. Löwy bespricht den übermäßigen Genuß der Getränke, bezüglich des arbeitenden Volkes und die Folgen desselben. Redner bespricht die Verschwendung der Biere und deren Verkeimung, dessen Nährstoff, ferner Konsumierung der Biere. Josef Greger erörtert in treffender Weise das moderne Steuerwesen und bespricht die Steuern des arbeitenden Volkes. Redner legt die direkten und indirekten Steuern auseinander. (Bravo!) Fr. Schustadler begrüßt die Versammlung im Namen der Wiener Genossen und verliest dann einige interessante Notizen aus einem Wiener Blatte über den Bierkonsum. Genosse W. G. G. bespricht die Preissteigerung des Bieres und bespricht trefflich das Steuerwesen. (Bravo!) Als Schlusswort ergriff Ferdinand Schaffhauser das Wort. Derselbe zieht aus der Rede des Herrn Dr. Löwy, betreffs des übermäßigen Genußes der Getränke, die ärztlichen Ratschläge herauf und beginnt dann die Fabrikation des Schwächeren Bieres zu besprechen. Weiter äußert sich Redner, daß gegen die Schaltung der Militärgagen und Pensionen gewiß kein beklagender Mensch etwas dagegen hat, aber wo bleibt die Altersversorgung der Arbeiter, die sich von ihrer Jugend an bis zum Grabe geplagt und daher dem Staate mehr gekostet haben, als diejenigen, die auf der Ringstraße mit dem Schlepplabel spazieren gehen. (Unterbrechung vom Regierungsvertreter.) Er betont, daß die Männer, die im Abgeordnetenhaus sitzen, heute die Lebensmittelpreise erhöhen und morgen gegen die Schöpfung jenseits. (Wiederholte Unterbrechung vom Regierungsvertreter.) Redner fährt fort, daß 40 Millionen im Reichsrate sitzen, die ihre Kapitalien vom arbeitenden Volke herausgezogen haben. (Dem Redner wird vom Regierungsvertreter das Wort entzogen.) Schluß der Versammlung 4 Uhr.

Budapest. Samstag den 20. August wurde die für den 20. und 21. August hier einberufene Arbeiter-Landesversammlung eröffnet. Ursprünglich wurde ein Kongreß der ungarländischen Arbeiterpartei einberufen, jedoch von der Behörde verboten. Im letzten Momente wurde die Arbeiter-Landesversammlung mit der Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand und die Entwicklung der Arbeiterbewegung, 2. Erläuterung der Bestrebungen, respective des Programms der Arbeiterbewegung, 3. Verhandlung etwaniger aus der Tagesordnung bezughabender Anträge und Beschlußfassung über dieselben, abgehalten. Um 9 Uhr wurde die Versammlung von Herrn Dr. Gyllag mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Von Seite der Polizei des „freien“ Ungarn sind (hört!) der Vize-Stadthauptmann des zweiten Bezirkes Ebenhöch, der Sekretär der Oberstadthauptmannschaft Magyary und mehrere Kriminalpolizei-Kommissäre anwesend. Außerdem sind drei Reichstags-Stenografen erschienen.

Die Versammlung wählt hierauf ein aus den Delegierten Gelez, Jusfinger, Sübner, Csernak und Blum bestehendes Verifikationskomitee zur Ueberprüfung der Mandate. Nach halbfrühlicher Arbeit verlied das Komitee die Zahl der Delegierten und der Mandate. Erschienen sind 49 Delegierte mit 73 Mandaten. Hierauf erfolgt die Wahl des Bureau's.

Zu Vorsitzenden wurden gewählt: Dr. Gyllag, Anton Jhrlinger, Bela Szombosi, Jakob Kärchner. Zu Schriftführern: Arb. Altony, Jan. Gely, Joh. Schneider, Alexander Jusfinger, Heinrich Schmidt und Stefan Szarus. Nachdem die Geschäftsordnung und mehrere Begrüßungs-Telegramme verlesen wurden, wurde die Beratung auf den Nachmittag vertagt.

Um 2 Uhr wurden die Beratungen mit dem ersten Punkte der Tagesordnung eröffnet. Die Referenten Kärchner und Juntel geben eine Schilderung über den Stand der Arbeiterbewegung. Daniel Keisong, Redakteur der in ungarischer Sprache erscheinenden „Mepzava“, richtet an die Parteileitung die Fragen, ob sie davon Kenntnis habe, daß eine Fraktion die Parteileiter in den Tagesbüchern (es wurden die Redaktionen zu dem Sonntag den 21. August tagenden Arbeiterversammlung den Tagesblättern zugesandt) vertritt? Welchen Grund diese Spaltung habe und was die Partei zu tun gedenke? Kärchner erwidert, es sei nicht der Mühe wert, sich mit den Intimationen einer solchen Sippe zu befassen; es seien Personen, die teilweise ausgeschlossen, teilweise selbst gegangen, Personen, die kurze Zeit in Ungarn sind, die ungarischen Verhältnisse nicht kennen, Leute, die zum das A B der Arbeiterbewegung kennen, Leute, die sich der Majorität nicht fügen wollten und sich einem Marx oder sonst Jemandem ähnlich glauben. Die Führerrolle habe ein wirklicher Verräter übernommen. (Alles schauerhafte Dinge für einen Nichteingeweihten.)

Im 2. erblid in der ganzen Parteibewegung einen Rückschritt, welchen einzig und allein das inkorrekte Vorgehen des Redaktionskomitees verschuldet habe; diesem sei es auch zuzuschreiben, daß eine Opposition entstanden ist. Dr. Gyllag, dessen Vorgehen beim Kongreß eine gewisse Angst beklundete, kein Referent über hatte und sonst auch nichts sprach, Dr. Gyllag, der sich schon als „Volksoerretter“ wähnte, der — wie ein Oberwinder die österr. rechtliche Partei ins liberale Lager überführen wollte, wie ein Dr. Kaufmann, der die österr. rechtliche Partei ins sozialistische Lager überführen wollte — alles mögliche aufbot, die ungarländische Arbeiterpartei zum Hauptstiele der Unabhängigkeitspartei zu bezwängen. Derselbe Dr. Gyllag sagte: die Ursache des Aufstiegs ist die Manipulation einiger Arbeiter, dieses etwas Geschaffene in die Hände zu nehmen und womöglich zu Grunde zu richten, ferner, daß Leute, die nichts können, andere Leute, die durch ihre Arbeit besser gestellt sind und sich Kenntnisse erworben haben, hoffen. Auf die Frage, was es mit dem Agitationsfond sei, sagt er: Wir haben den Agitationsfond nicht für Most und seine Gefellen zusammengescharrt. Blum sagt, es sei unter der Würde des Kongresses, sich mit solchen Leuten abzugeben, denn Leute wie Böbel oder die russischen Militärs, die Altenare verüben, seien bezahlt, sie seien nicht als Menschen zu betrachten. Ein Delegierter sagte, man könne keine Opposition, denn Leute, die von der Partei austreten und draußen schreiben, seien nicht oppositionell,

sondern Krafesler, er beantragte daher Schluß der Debatte, welcher auch angenommen wird. Nachdem Jusfinger bekannt gab, daß noch 8 Deputierte mit 8 Mandaten erschienen sind, wird zum zweiten Punkte der Tagesordnung übergegangen.

Die Referenten Kärchner (ungarisch) und Jhrlinger (deutsch) verlesen das Programm und einen Aufruf an die ungarländischen Arbeiter. Das Programm besteht, welches voriges Jahr angenommen wurde, womit alle Sozialreformer zuzustimmen sind, nämlich: Umwandlung alles Grund und Bodens, wie aller übrigen Arbeitsmittel in gesellschaftliches Eigentum, allgemeines Wahl- und Stimrecht, allgemeine, gleiche, auf wissenschaftlicher Basis beruhende Volkserziehung, Abschaffung des stehenden Heeres, vollständige Trennung der Kirche vom Staate, Abschaffung des religiösen Eides, Einführung der Zivilhe, Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit, Abschaffung aller Gesetze und Verordnungen, welche die Freiheit beschränken, Abschaffung der Kautzionen u. s. w.

Herr Jhrlinger sagte in seiner Erläuterung: die Abschaffung des stehenden Heeres ist für den Augenblick nicht zu verlangen, da alle Staaten gerüstet dastehen, aber besprechen können wir die Frage (Unglaublich aber wahr.) Ferner: in Ungarn sei obgleich mehr Pressefreiheit als in anderen Ländern; nur in letzterer Zeit kamen mehrere Presseprozesse über Dinge vor, die den Staat ins Schwanken bringen konnten, darum sei dieses für uns nicht so wichtig, aber verlangen können wir es. Nach diesem Aussprache Jhrlinger's ist er mit der Verurteilung des Frank's einverstanden.) Rede, Verweis- und Versammlungsfreiheit haben wir ebenfalls in Ungarn. Zu einem religiösen Eid wird in Ungarn niemand gezwungen, daher dieser Punkt überflüssig ist. (Herr Jhrlinger hat aber die vor mehreren Tagen im 4. Budapester Bezirke stattgefundenen Bezirksgerichtsverhandlung, bei welcher einem Zeugen ein Geld- oder Arreststrafe gedroht wurde, weil er sich weigerte einen Eid abzulegen, nichts gelesen, sonst könnte er dieses nicht sagen.) Gleiche Löbne für gleiche Arbeitsleistung an Männer und Frauen können vom Staate nicht verlangt werden, sondern die Arbeiter selbst sollen darauf sehen. Gegen Lebensmittelverfälschung können wir nichts tun, als unsere Entrüstung ausdrücken. (!) Die Gefängnisarbeit geht mehr den Genossenschaften als uns Arbeiter an, da sie größtenteils den Kleingewerbetreibenden zu Grunde richtet, darum können wir dieses ihnen (den Genossenschaften) überlassen. Arbeitsnachweis-Bureau's bestehen nirgends (ergo, brauchen auch wir sie nicht) u. s. w. mit Grazie. Bartl (Koch) sagt: In Kärnten und allen anderen industriellen Orten Ungarns müssen die Arbeiter Tag und Nacht, Sonn- und Feiertag in ungesunden Werkstätten arbeiten bis sie zusammenfallen, darum möchte man nicht allein den 10stündigen, sondern sogar den 8stündigen Normalarbeitstag verlangen. Blum, derselbe, der sich gegen uns, Oppositionelle, so ernüchtert, verlangt, daß jeder Punkt des Programms beraten und niemand gezwungen werden soll, alles in Bausch und Bogen, wie es der Referent verlesen, anzunehmen. Derselbe Blum meint, wenn das Volk nicht zu erlangen ist, möge man davon ablassen und nur eine Gesetzesänderung vornehmen. (Dieser Herr glaubt wahrscheinlich, der Kongreß könne die Gesetze ändern.) Csernak gibt bekannt, daß in Preßburg alle Versammlungen regelmäßig verboten werden, und fragt, ob das Versammlungsrecht nur für Budapest und nicht auch für Preßburg existiert. (Eine treffliche Illustration zur Jhrlinger'schen ungarischen Versammlungs-freiheit.) Nachdem noch eine Anzahl Anträge vom Programm gestellt, jedoch abgelehnt wurden, fragt der Vorsitzende Dr. Gyllag die Versammlung, ob sie das Programm samt dem Aufruf akzeptiere, was mit Ja beantwortet wurde. Nachdem über den Antrag Kaufmann's, die Beratungen auf den nächsten Tag 9 Uhr Vormittags zu verschieben, abgestimmt und derselbe angenommen wurde, erfolgte Schluß der Sitzung.

Am 2. Verhandlungstage wurde die Sitzung nach 9 Uhr eröffnet und der dritte und letzte Punkt beraten. Referent Koisn beantragt folgende Resolution: Die Versammlung erachtet es zur Verherrlichung der Prinzipien für notwendig: 1. Unterstützung der Parteiorgane, 2. Verbreitung von Flugzetteln und Broschüren, 3. Abhaltung von Versammlungen in der Provinz, 4. materielle und moralische Unterstützung der Parteileitungen. Kaufmann beantragt: Es möge nur jene Parteiangelegenheiten anerkannt werden, die das Wahlrecht ausüben könne, der Abkomst der Parteileiter ist. Dagegen entsteht eine heftige Opposition, worauf Herr Jhrlinger in seiner gewöhnlichen brutalen Weise entgegnet und erklärte, es gebe keinen Arbeiter, der nicht im Stande wäre, 5 kr. wöchentlich zu bezahlen, worauf mehrere Delegierte, die sich in der Mitte der nachstehenden Arbeiterschaft befinden, rufen: Hunderte! Tausende! Darunter war auch ein Mitglied der Opposition, der durch die Verherrlichung des Vorsitzenden gezwungen war, den Saal zu verlassen. Nachdem noch eine Anzahl Anträge gestellt wurden und der Vorsitzende sah, daß ihre Anträge keine Aussicht hatten, angenommen zu werden, erklärte er, da diese keine Anneliegenheiten der Partei seien, dieses aber kein Parteikongreß sei, könne nicht darüber abgestimmt werden.

Nachdem noch Kärchner und Jhrlinger einige Worte an die Delegierten richteten, wurde der Kongreß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie um 12 Uhr geschlossen.

Dieser Kongreß hat bewiesen, wie schwach die sozialistische Bewegung in Ungarn ist, er hat bewiesen, wie erbärmlich die Führer dieser Bewegung sind. Und, die wir schon längst verlangten, daß das Agitationsgeld wirklich zur Agitation verwendet werden soll, die wir schon längst beantragten, es mögen Flugzetteln herausgegeben werden u. s. w., uns verdächtigt man, wir wollten das Geld für Most verwenden, wir wollten Revolution machen u. s. w. Wahrheit, es gehört eine besondere Freiheit dazu, seine Freiheit denn seit der Ausweitungsbewegung des Genossen Gyll haben sich die Leute ganz zurückgeschreckt und Verrat an der Partei mit derartigen Demagogikationen zu demütheln. Daß der Bericht in der „Arbeiter-Wochen-Chronik“ ein gefälschter ist, beweist, daß die Beratungen und die Beschlüsse des Kongresses selbst den profitierten sich liberal nehmenden Vätern zu bunt sind. Hier ein Beispiel: Das „Politische Volksblatt“ schreibt: Im lauslos-stiller Zurückgezogenheit tagte gestern und heute in der Hauptstadt der Landeskongreß der ungarländischen Arbeiterpartei, wobei es der Oberstadthauptmannschaft beliebt, die Landes-Arbeiterversammlung. Die Einberufer hatten nämlich ursprünglich unter obigem Titel die politische Anzeige über Abhaltung der Versammlung erstattet, worauf die Oberstadthauptmannschaft mit einem Verbote antwortete, indem sie die Eröffnung einer ungarländischen Arbeiterpartei nicht anerkennen will; dies geschah 24 Stunden vor der für Samstag abgerufenen Versammlung, und so blieb dann nichts anderes übrig, als um die Abhaltung einer Landes-Arbeiterversammlung einzukommen, was auch bewilligt wurde, nachdem der dritte Punkt der Tagesordnung: „Beschaffung von Agitationsmitteln“ gestrichen worden ist. Nun, aufsticht gesagt, es war sehr angezeigt, daß die Versammlung einen beschreibenden Titel erhalten hat, denn sie bewegte sich innerhalb der Grenzen überraschender Bescheidenheit. Nämlich schreiben alle hiesigen Blätter. Während nun diese Stillschaltung die Parteiprinzipien verwässern, ihre Anhänger torquieren und so die Partei verzerren, bestellen sie bei dem ehemaligen Antisozialisten, Selbstfür-Alles-Journalisten und ihren Bulenfreund Smoboda einen Bericht im „Weser Journal“ über die Versammlung der Opposition, bei welcher 1000 Personen anwesend waren, der wohl an Ehrwürdigkeit seinesgleichen nicht, um dann, da die Jammerberichte zu feig sind, um direkt anzugreifen, denselben in ihrem Blatte „Arbeiter-Wochen-Chronik“ abzu drücken. Nicht erst jetzt sage ich dieses, nein, sondern sofort als ich Montag den 22. v. M. das „Weser Journal“ gelesen; Jenseits habe ich genügend. Das genannte Blatt schreibt, nachdem es den Bericht über die Versammlung brachte: Angefichts dieses unqualifizierbaren Vorwurfs drängt sich einem die Frage auf: ob man es nicht etwa mit geheimen Agenten der Polizei zu thun hat. Würde es sich bloß um diese Leute handeln, wohllich, ich würde es unter meiner Würde halten, mich darüber anzufahnen, so aber handelt es sich darum, daß nicht etwa Ueingezeichnete in die Hände dieser Verräter fallen, andererseits handelt es sich um die Parteilehre,

Es war von jeher ein bestes Mittel der Freilassung, alle entschuldigen und energischen Genossen, die mit ihrem Vorgehen nicht einverstanden waren, als Verräter zu verächtigen. Wertwürdig, daß man gerade die Verrätermonatung elckert und dann aus dem Lande weist, und daß man die echten und rechten Revolutionäre von Seite der Polizei ganz und gar unbeschäftigt läßt. Die österr. rechtlichen Genossen mögen aber auch ersehen, daß gerade die Schreibweise der „Arbeiter-Wochen-Chronik“ nur Beispielsind sind, um Einmet zu fangen. Webetet Genossen! Wen oder was unterstützt Ihr, wenn Ihr dieses Blatt abonniert und verbreitet? Verbreitet Ihr dadurch unsere Idee oder unterstützt Ihr dadurch diese Verräter? Ich glaube das Beste und das glaube ich, ist nicht Euer Vorhaben, darum laßt Ihr dieses Blatt fallen, dann fallen alle Jene, die unter dem Aushängeschild des Freiheitskampfes ihre persönlichen Interessen zu fördern suchen. Unsere Parole ist: Fort mit den Verrätern! Fort mit den Verrätern der im Schweiße des Angesichts erdumenden Arbeitergelehr! Mit sozialdemokratischen Umdergruß

Samman Prager.

Nachwehen der Volksversammlung vom 7. August, in welcher nämlich eine Resolution angenommen wurde, wo sich die ungarländischen Arbeiter mit den internationalen Kämpfern solidarisch erklärten, wurde die strafgerichtliche Verfolgung gegen die Einberufer und Redner eingeleitet. Den 5. v. M. erschienen die Genossen Daniel Keis, August Nagy, Johann Horvath, Stefan Selmann, Stoka Johann, Franz Jakob, Gyllag Desiderius, Valogh Ladislaus, Szimj Karl, die Verlobung, welche am 6. v. M. sich wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nach §§ 171 und 172 zu verantworten haben.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Arbeiter-Sängerbund. Bei der am 11. September dieses Jahres stattgefundenen Neuwahl des Ausschusses wurden gewählt: Riedl Wenzel als Obmann, Wimalist Wital als Obmannstellvertreter, Frank Eduard als erster Schriftführer, Hebenreik William als zweiter Schriftführer, Halbedel Karl als Kassier, Heitler Michael als Kassierstellvertreter, Bogzernik Franz als Archivar, Wolf Johann als Archivarstellvertreter, Wiedmann Jos., Stul Franz, Wenzel Paul, Winder Johann, Strohschneider Franz als Ausschüsse.

Sternberg. Sonntag, den 17. Juli, hielt der Allgemeine Arbeiterverein seine fünfjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäftliche Mittheilungen und Bericht der Sektionen; 2. Zweck und Nutzen der Vereine und die Stellung der Arbeiter; 3. Neuwahl des Ausschusses; 4. Anträge und Interpellationen. Karl Wagner als Kassier berichtet, daß sich die Gesamteinnahme vom Vereinsjahre 1880/81 sammt Darleihen auf 229 fl. 28 kr., Gesamtausgaben auf 220 fl. 28 kr. belaufen, es bleibt somit Reststand Ende Juni 1. v. M. Nach Bericht der übrigen Sektionen spricht Genosse Karl Schleier über den zweiten Punkt legte die Vereine in sehr ausführlicher Weise auseinander und besprach die Stellung der Arbeiter hier.

Karl Hübscher, Schriftführer.

Eingelendet.

Öbliche Redaktion!

Wie der Arbeiter Gerechtigkeit findet, zeigt folgender Fall: Johann Mrukko, Tischlergehilfe, arbeitete seit August v. J. bei Herrn Ludwig Schmidt, Möbelfabrikanten, VIII., Florianigasse 54, in Wien. Nach Ablieferung der ersten Akkordarbeit (es waren Betten mittlerer Qualität) erhielt der oben erwähnte Arbeiter 26 fl. auszbezahlt und da erklärte ihm der Fabrikant, er möge die nämlichen Betten wieder machen, er bekommt um 10 fl. mehr als für die ersten. Wahrscheinlich waren die Betten zur vollsten Zufriedenheit des Fabrikanten gemacht worden, sonst hätte er nicht um 10 fl. mehr gezahlt. Raum waren jedoch die Betten zufernert, als auch der Fabrikant mit der Aufforderung an den Arbeiter kam, er möge die Arbeit bei Seite legen, da er (Fabrikant) eine andere einfachere Arbeit brauche. Da jedoch die Originalzeichnung noch fertig ist, so zeichnete er dem Arbeiter auf ein Stückchen Brett einige Bleistiftlinien, das beiläufige Aussehen der Arbeit und forderte gleich den Preis zu bestimmen. Als jedoch der Arbeiter erklärte, daß er nur an großer Zeichnung den Preis angeben kann, drang der Fabrikant an den Arbeiter, er hätte keine Zeit und die große Zeichnung wird er schon bekommen, denn an der sei auch nicht mehr Arbeit, als an dem Brettchen angegeben ist. Nun wurden sie preis-einig. Zwei Stunden später hatte er die Originalzeichnung bekommen und sah auch gleich, daß er bedeutend Ueber-vorteil ist, da dies viel mehr Arbeit kostet. Trotzdem arbeitete der Arbeiter emsig darauf, und einige Tage vor Fertigwerden der Arbeit ersucht er den Fabrikanten, er möge ihm den abgemachten Lohn aufbessern; da aber ließ der Fabrikant den Arbeiter stehen und ging fort. Der Arbeiter legte die bereits vollendete Arbeit bei Seite und nahm die erste Arbeit zur Hand. Den nächsten Tag sagte der Fabrikant: warum machen Sie nicht die Arbeit fertig? Der Arbeiter erklärte darauf, sofort bereit zu sein, wenn ihm die ausgegebene Arbeit besser entlohn würde. Da dies bejaht wurde, machte der Arbeiter ohne Bedenken die Arbeit fertig. Er soll aber dafür eines Besseren belehrt werden. Bei der ausgefangenen Arbeit jedoch, als er damit bereits fertig war, erhielt der Arbeiter am Samstag den 5. März kein Konto auf seine Arbeit, obwohl er die ganze Woche fleißig gearbeitet hatte und er noch nebenbei von seiner Akkordarbeit einen Geld-überschuß von circa 11 fl. 16 kr. bei dem Fabrikanten stehen hatte. Der Arbeiter ging am Montag den 7. März zum Fabrikanten um sein rechtmäßiges Konto in freundschaftlicher Weise zu ersuchen. Der Fabrikant sagte: bis Sie fertig sind, bekommen Sie ihr Geld. Der Arbeiter antwortete, es sei ihm nicht möglich ohne Geld zu arbeiten, da er Hunger hat, und nicht stehen gelassen kann. Das geht mich nichts an, sagte der Fabrikant, machen Sie die Arbeit fertig, dann bekommen Sie ihr Geld; übrigens ersuche ich Sie, meine Wohnung nicht mehr zu betreten. Erwähnenswert ist, daß der Arbeiter noch 3 Arbeitstage an der Arbeit zu tun hatte. Wenn aber dem Arbeiter jeder Zutritt zu seinem Herrn verboten wird, wo soll er dann mit ihm sprechen? Am Dienstag den 8. März, 9 Uhr Früh, schickte er den Lehrburschen in die Wohnung, um wenigstens etwas Geld zu bekommen.

Der Bursche kam zurück mit der Antwort, daß, wenn die Arbeit fertig ist, die Entlohnung dafür sofort erfolgt. In einer kleinen Weile kam der Fabrikant selbst in die Werkstätte, ging auf den betreffenden Arbeiter zu, gab ihm die gemeinsten Titulaturen (was durch Zeugen bestätigt werden kann), welche eher in eine Brantweinbuttl als in eine anständige Werkstätte passen. Das Resultat davon war, daß der Fabrikant dem Arbeiter die Arbeit wegnahm, ihn zum Polizeikommissär führte, seinen ersuchte, er möge bewerkstelligen, daß der Arbeiter nicht mehr seine Werkstätte betritt.

Am 28. Juli klagte der Arbeiter bei dem Bezirksgerichte Josefstadt um seine unrechtmäßig vorenthaltene Vorkaufszahlung. Bei der Verhandlung gab der Fabrikant an, daß er wegen exzessiven Benehmen des Arbeiters sich veranlaßt sah, ihm die Arbeit wegzunehmen. Die Herren Adalbert Rupert und Anton Horn, welche Augenzeugen dieser Szene waren, sagten aus, daß Herr Schmidt allein die Schuld trägt, da er den Arbeiter beschimpfte und außerdem noch sein ihm gebührendes Kontogeld vorenthielt. Als von Seite des Bevollmächtigten der Fabrikant befragt wurde, warum er dem Arbeiter nicht ein kleines Kontogeld gab, da ihm wenigstens die Schande erspart geblieben wäre vor Gericht zu erscheinen und warum er, wenn er den Arbeiter nicht brauchen konnte, ihn nicht gleich den ersten Tag fortgeschickt hat, gab er zur Antwort, daß er dem Arbeiter ohnehin einen Vorschuß gab, ferner schämte er sich nicht zu sagen, der Arbeiter hätte auch am Sonntag arbeiten sollen, um früher zu seinem Gelde zu gelangen. Trotz alledem hat jetzt der Arbeiter 7 1/2 Tage ohne Entschädigung gearbeitet und hat der Richter wegen exzessiven Benehmen und weil die Arbeit nicht fertig gemacht wurde, den Arbeiter zu 2 fl. Schadenersatz an den Fabrikanten und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt.

Wien. Sonntag den 4. September fand eine Versammlung der Maurer und Steinmetze statt, in welcher der Obmann des Vereines einen Vortrag über das Baugewerbe vom Altertum und Mittelalter bis auf die Neuzeit hielt. Darauf machten sie Propaganda für den Gewerkschaftsverein der Maurer und Steinmetze, das ihnen aber jedenfalls nicht viel an Mitgliedern eintragen wird, was ihnen schon die Erfahrung lehren sollte. Der Verein zählte in den Jahren von 1874 bis 1878 schon über 900 Mitglieder, es war dies noch die Zeit, wo Maurer und Steinmetze etwas verdienen, von da an wurden die Mitglieder immer weniger, bis ihre Anzahl heute auf 300 gesunken ist. In dieser Zeit des Niederganges operierten sie aber bereits wie ein Bourgeoisverein, der auf Gewinn abzielt, daher der Niedergang begrifflich; das Vermögen wächst und der Stand der Mitglieder fällt. Daß die Einzahlung von 22 kr. wöchentlich bei diesen beiden Branchen eine für die Mehrzahl unerschwingliche ist, ist leicht begrifflich, wenn man erfährt, wie sie bezahlt werden. Der Durchschnittslohn übersteigt bei Maurern nie 7, bei den Steinmetzen nie 8 fl. Und das ist nur zur Sommerzeit, im Winter verdienen die Maurer 3 bis 4 Monate so viel wie nichts, die Steinmetze 4 bis 5 fl. Bei einem solchen Verdienst muß ja die Mehrzahl nicht nur Schulden machen, sondern auch Hungern; was soll da die Mehrzahl nach einer Hungerperiode von 3 bis 4 Monaten im Winter und wenn die Arbeit wieder anfängt, mit dem großen (1) Lohne zuerst beginnen? Zuerst die Schulden für Lebensmittel und Rins oder den Verein zahlen? Freilich borst der Herr 18 Wochen, das wird gerade so lange sein, als die Meisten von uns ohne Arbeit sind, hierauf soll er aber im Verein durch 18 Wochen das Doppelte, das ist 44 kr., zahlen. Bei solchen Verhältnissen muß doch jeder vernünftige Mensch einsehen, daß der Stand der Mitglieder nicht steigen kann, sondern fallen, je unter den heutigen Verhältnissen noch weit unter die obigen 300 heruntergehen muß, weil wir ja erst im Anfange der Drangsalperiode sind. Unter solchen Verhältnissen ist es wirklich nicht schwer, voranzufahren, daß jenen Herren all ihre Propagandamachen für den Verein nichts helfen wird.

Ein Maurer.

Dresden. Im August. Ein kleiner Bericht aus Deutschland dürfte auch die Leser Ihres Blattes ein wenig interessieren, umso mehr, als bei uns im Reiche der Wismarckfurcht und Stöderfurcht allmählich Dinge passieren, die mit unserer Fährtenrolle an der Spitze der Nationen nicht übereinstimmen.

Das abentheuerliche Ausnahmegesetz vom 21. Oktober 1878, von der Reaktion gemacht gegen die Revolution, würgt wie eine Guillotine unter den überzeugungstreuen Arbeitern und es mögen jetzt in Deutschland insgesamt vielleicht einige Hundert sitzen — wovon vor einiger Zeit in Dresden allein sechszehn — und diese wenigen überzeugungstreuen Männer machen den Regierung mehr Stummer, als Laufenbe von Eigentumsverbrechern oder Gräberhumpen. Man läßt es ihnen aber auch entgelten, wenn irgend ein Spion oder Betrüger bei Abmessung seiner Strafzeit fast regelmäßig gänzlich oder teilweise die exzessive Unterdrückung angedeutet wird, so gebort diese Maxime bei den Sozialdemokraten schon mehr zur Ausnahme; ihnen gegenüber ist Gerechtigkeit eine politische Schwäche! Schlimm, wenn es in einem Staate erst soweit gekommen.

Speziell Dresden betreffend — daß sich vor dem drohenden Belagerungszustande durch zahlreiche Verhaftungen und Verurteilungen reißer will — arbeiten die politischen Behörden mit Hochdruck und sind es namentlich zwei Punkte unserer Strafprozessordnung, die in nichterträglichster Weise auf uns Politiker angewendet werden. Furchtverdacht und Untersuchungshaft! Reichen Umständen nicht aus, letztere zu begründen, so muß erstere als Nothbehelf herhalten — aber zum „Brennen“ kommt, sollte auch Freisprechung mit Bewußtsein zu erwarten stehen. Schändlicher Weise spielt hierbei die Privatrage einzelner Beamten in das öffentliche Recht hinein. Daß unter solchen Umständen die Behörden in den meisten Prozessen gegen uns Schläppen erleiden, leuchtet ein und erst vor wenigen Wochen schlug eine hiesige Strafkammer einen Prozeß nieder, weil er allzu schnell und ganz ohne gesetzlichen Hintergrund angezettelt gewesen, so daß er vor der Urtheil ohne Zweifel unter schallendem Gelächter unserer Genossen geendet hätte. Auch die Freisprechung unserer Genossen Rapsch und Sommer am 20. August dokumentirten die Schickung einzelner Staatsanwälte, da Strafanträge zu stellen, wo sie gewiß sein könnten, daß Freisprechungen erfolgen; sie „glauben“, „mutmaßen“, „nehmen an“, „haben Verdacht“ und mit dieser Quadrupel Worte gehen sie ehrenwerte Männer in den Kreis ihrer Anklagen, von denen sie oft eines lernen können: Männerwürde und Achtung vor der Ueberzeugung. Was aber bei uns neuzeitlich die politischen Behörden meistentheil, das ist nicht allein die Gerechtigkeit, mit welcher sie jeder inhuman rechtlichen Eingebungen Folge leisten, sondern es sind die aller Vögel und Stillsitz Boden sprechender Urtheilschreibern, die man jetzt erläßt. Inwiefern sind dieselben mitlogisch zusammengestellt in verquältester Reihenfolge gebracht, halbtote Prämissen, künstliche Beweisführungen und nur der Paragraf auf dem sie fußen, leuchtet hell hervor. Wie müssen Kronamwölke haben, die von den älteren Richtern die Gewissenhaftigkeit nicht übernahmen, die aber zugleich auch den Klaffern, den Dramatikern und Logikern als geschworenen Freund gegenüberstehen. In unsrer Gesellschaft wird gebrüchlich und schwach — Alles geht aus den Augen, nicht einmal eine ordentliche, formidabile Anklageschrift bringen unsere politischen Behörden mehr fertig; Alles erdachtlich

klein und zugewandt! Das macht es, felen dem „gemutmaßten“ Verbrecher, das „Verbrechen“ selbst und dann der „Verbrecher“ — was davon liegt, dem „gemutmaßten“ und dem „wirklichen“, das ist eben das Scherliche für unsere Ankläger.

Ausweise.

Nr. 103.

Für die Familien unserer verurtheilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Gesamtausweis 54 fl. 29 kr. Detaillirter Bericht folgt in der nächsten Nummer.

Aus Versehen wurde der Posten Genossen am Wasserfall 1 fl., zweimal verrechnet.

Briefkasten.

Budapest. Wir können diese Berichtigung nicht aufnehmen, da sie die Thatfachen nicht entkräftet.

Deutsch P., Basel. Ausgeglichen bis August. Einlebergasse 25, 3. Stock 8.

Rürschner Pauschal 1 fl., Görner Gablonz, erhalten. Stularbeiter Pauschal, 2 fl.

Druckfehler-Berichtigung.

In der letzten Nummer schlich sich ein unliebsamer Druckfehler ein. Es soll nämlich in dem Titel des Feuilletons heißen: „Soll das Hausirwesen beschränkt werden?“ statt „Soll das Hausirwesen beschränkt werden?“ D. R.

Ankündigungen.

Wien. Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und Arbeiterinnen Wiens. Jeden Mittwoch Ausgehungsung in der Centrale in Herrn Engl's Gasthaus „zur blauen Flasche“, Neufährhaus, Brunnengasse 6. — 1. Lesezimmer: Fünfhaus, Sechshaus Hauptstraße in Faras' Gasthaus „zum weißen Adler“. — 2. Lesezimmer: Sechshaus, Wehrergasse in Herrn Daubal's Gasthaus. — 3. Lesezimmer: Weidling, Ecke der Wipbach- und Bongasse in Herrn Schlemm's Gasthaus. — Jeden Samstag von 7 bis 9 Uhr finden Einschreibungen statt.

Ferner gibt der Ausschuss seinen Mitgliedern bekannt, daß Sonntag, den 2. Oktober, ein Zeichen- und Elementarunterricht beginnt. Die Mitglieder werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Der Ausschuss.

Wien. Das Vereinslokal des Fortbildungs- und Kranken-Unterstützungsvereines der Färber Wiens befindet sich seit 17. September in Winter's Gasthaus, 5. Bez., am Hundsturm 2.

Wien. Sonntag, den 25. September 1881, findet die

Gründungs-Liedertafel

des Arbeiter-Bildungsvereines, verbunden mit Konzert und Tanzkränzchen, in den Sälen „zu den drei Engeln“, 4. Bez., große Neugasse, statt. Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kassa 40 kr. Anfang 8 Uhr.

Slavische Volksversammlung

Sonntag, den 25. September, nachmittags 2 Uhr, bei den „drei Engeln“, 4. Bez., große Neugasse. Genossen, erscheint zahlreich.

Büder-Versammlung

Dienstag den 27. September, abends 7 Uhr, in den „Lialiasälen“, Tagesordnung: Die Lage der Arbeiter.

Sonntag den 9. Oktober d. J., findet in Schwender's Kolosseum das

sechste Gründungsfest

des Fortbildungs- und Unterstützungsvereines der Drechsler Wiens statt. — Frühergelöste Karten 36 kr., mit der Einladungsliste 40 kr., an der Kassa 50 kr. Anfang 7 Uhr abends.

Der Fortbildungs- und Unterstützungsverein der Drechsler befindet sich 6. Bez., Reghdigasse 19.

Wien. Samstag, den 8. Oktober 1881, abends 8 Uhr, findet die

halbjährige ordentl. Generalversammlung

des allgemeinen Arbeitervereines statt. Tagesordnung: 1. Vereinsbericht. 2. Neuwahl des Ausschusses. 3. Vortrag über Weltgeschichte von Herrn G. Mahinger. 4. Anträge und Interpellationen. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Wien. Sonntag, den 2. Oktober 1881, 6 Uhr abends, findet in den Sälen „zu den drei Engeln“, Wieden, große Neugasse 36, ein

Wolltätigkeits-Fest

verbunden mit Konzert, Ball, Gesang und deklamatorischen Vorträgen des Fortbildungs-, Kranken- und Unterstützungsvereines der sämtlichen Musik-Instrumentenmacher Wiens, statt. — Musik unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Herrn J. Rapsch. — Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kassa 50 kr.

Sonntag, den 24. September 1881, abends 7 Uhr, findet im Vereinslokal, 6. Bezirk, Magdalenenstraße 42, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Anstellung eines Vereinsarztes. 2. Vortrag. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Sonntag den 2. Oktober 1871 findet das

XI. Gründungsfest

der Schuhmachergewerkschaft in Wien, verbunden mit Ball, Konzert und Liedertafel, in Schwender's Kolosseum, statt. Im Anvor- und Florajale Ball, Musik der vollstündigen Regimentskapelle König der Niederlande. Amorsaal Festrede. In der Prachtvolle: Konzert der Damenkapelle Schipet und Liedertafel des Arbeiter-Bildungsvereines. Eintritt: Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kassa gegen Abgabe der Einladungskarten 36 kr., ohne derselben 40 kr. Kassaöffnung 6 Uhr, Anfang 7 Uhr. Alle Genossen werden ersucht, für dieses Fest möglichst zu agitieren.

Einladung

zu dem am Sonntag den 2. Oktober 1881 in Sobel's sämtlichen Lokalitäten stattfindenden

Tischler-Michaeli-Fest

mit Konzert, Ball und Furbazar unter gefälliger Mitwirkung eines Doppel-Quartetts des „Arbeiter-Sängerbund“. Im Gemüthlichen: Musik, Gesang und humoristische Vorträge. Anfang 4 Uhr. Eintritt 20, an der Kassa 25 kr.

Wien. Allgemeiner Arbeiterverein. Samstag den 8. Oktober, abends 8 Uhr, halbjährige Generalversammlung im Vereinslokale.

Wien. Arbeitsvermittlung der Rürschner. Jeden Montag und Donnerstag, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, im Gasthause.

Floridsdorf. Samstag, den 25. September, halb 8 Uhr abends, findet die Monatsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines mit einem Vortrage statt. Genossen, indem die Tagesordnung eine dringend wichtige ist, appelliren wir an Euch, möglichst zahlreich zu erscheinen. Die Unterrichtsaktion gibt bekannt, daß beide Unterrichte bis auf Weiteres behördlich sistirt wurden.

Parzdorf. Sonntag, den 25. September, nachmittags 3 Uhr, feiert der Fortbildungs- und Unterstützungsverein in Ulrich's Restauration sein diesjähriges

Gründungs-fest

bestehend aus Konzert, Gesang und deklamatorischen Vorträgen. — Da der Verein keine Einladung versendet, so ergeht an alle Vereine gleicher Tendenz die höfliche Aufforderung, das Fest durch Delegirte, Begrüßungsschreiben verschönern zu wollen. (50)

Muffig. Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags, feiert der hiesige Arbeiter-Bildungsverein in der Restauration „zur Königs Höhe“ sein zehntes Gründungsfest. Abends Tanzkränzchen. (20)

Freudenthal. Der Fachverein der Manufakturarbeiter gibt bekannt, daß vom 1. Oktober an, jedem durchreisenden Vereinsmitgliede, welcher einem ähnlichen Vereine angehört und nicht über 3 Monatsbeiträge im Rückstande ist, eine Reiseunterstützung von 25 kr. bei den Genossen Franz Kostojch, Olmägerstraße 67 und Wilhelm Bernert, Weber, Mühlgasse 4 ausbezahlt wird. (15)

Zu verkaufen

Otto Spammer's „Illustrirter Konversations-Lexikon“ unaufgeschritten, sammt Atlas, VI., Brauergasse 3, Th. 7.

Muffig. Die hiesige Allgemeine Arbeiter Kranken- und Invaliden-Kasse hält Sonntag den 2. Oktober nachmittags 3 Uhr im Gasthause „zum Elixium“ seine halbjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortagung des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Halbjähriger Rechenschaftsbericht. 3. Zweck und Nutzen der Allgemeinen Krankenkasse. 4. Wahl der Delegirten. 5. Vereinsangelegenheiten des Ausschusses. (40)

Ein möblirtes Kabinett ist für einen oder zwei Parteigenossen zu verlassen. Pro Monat 4, eventuell 6 fl. Gampel, Währing, Martinsstraße 19. (15)

Ein Arbeiter für Seiden-Gazs wird bei Herrn Augustin Rohout in Neugebäu aufgenommen und bauernb beschäftigt. (30)

Geschäfts-Empfehlung.

Geservigter empfiehlt seine neu renovirten Lokalitäten ganz unentgeltlich für Vereine, Versammlungen und Feste. Für billige und gute Speisen und Getränke sorgt bestens Franz Hamburger, Restaurateur (50) „zur blauen Weintraube“ V., Schloßgasse 5.

Geschäfts-Empfehlung.

Unterzeichneter empfiehlt seine Lokalitäten für Vereine, Versammlungen u. Schöner und schattiger Garten. Für gute Speisen und Getränke, sowie auch für solide Bedienung sorgt bestens (50) Grob, (Gumpendorfer Bierhalle) 6. Bez., Gumpendorferstraße 91.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annoncen.) Die nächste Nummer erscheint am 13. Oktober.

Herausgeber und Verleger: Franz Moh, Andreou Große, August Botlch, Heinrich Hoke, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Moh.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.